

Prävention im Rückspiegel

Anmerkungen für den Blick nach vorn

Wolfgang Kahl

Möglicherweise hilft in den Debatten über den Zustand der Gesellschaft und ihrer Zukunft, wenn wir die Zeitungen zurückblättern. Wie wurde damals vorausgedacht und was ist dann daraus geworden. Wie bereits in der Ausgabe 2-2025 verkündet, ist die forum-Reaktion nunmehr bei Frederik Tetzlaff in guten Händen. Einen redaktionellen Schlusspunkt möchte ich mit einem Blick in den Rückspiegel der seit 2010 erschienenen Ausgaben und der editorialen Gedanken setzen. Die Auswahl beschreibt ein weites Präventionsverständnis in einer offenen und zugleich polarisierten Gesellschaft, die um ihren Zusammenhalt ringt. Das Destillat endet mit einer hoffenden Weltsicht, die dem Präventionsgedanken grundsätzlich innewohnt.

Fünf Legislaturen mit mittlerweile drei Kanzler:innen und zahlreichen Bundesminister:innen sind seit rund 16 Jahren zu verzeichnen. Demokratie setzt auf die Möglichkeit des (Macht-) Wechsels und verzichtet paradigmatisch auf personelle Kontinuität über längere Zeiträume, wenngleich diese dennoch möglich ist. Trotz sich stets verändernder Machkonstellationen mit unterschiedlichen personellen Besetzungen lassen sich Linien erkennen bzw. nachzeichnen, die in unterschiedlichen Handlungsfeldern Fortschritte oder Stagnation deutlich machen.

Kooperatives Präventionsverständnis

Prävention wird zunehmend als ein kooperatives und solidarisches Konzept zum Abbau von Risiken und Förderung von Chancen verortet und erweitert den Blickwinkel von einer kriminalpolitischen Dimension hin zu Überlappungen etwa mit den Politikfeldern Jugend, Soziales, Bildung, Gesundheit, Integration und Sport.

2011 entzündete sich eine Debatte um die Kontextualisierung des Präventionsbegriffs. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) diagnostizierte einen präventiven „Hype“ im Sinne eines „überbordenden Modus des Zukunftsmanagements zeitgenössischer Gesellschaften“ bzw. neoliberaler Individualisierung

der Verantwortung für gesellschaftliche Problemlagen.

Der Begriff *Prävention* wurde in den Fachdiskursen der unterschiedlichen Handlungsfelder bislang eher abwehrend gedeutet. Die negativen Bezugspunkte wie Krankheit, Sucht, Versagen, Gewalt und Kriminalität stehen im Vordergrund und sollen präventives Handeln legitimieren. „Fehlentwicklungen zuvorzukommen“ ist aber eine Maxime die ebenfalls positiv beschrieben werden kann. Nicht nur abwehrend den Risiken begegnen, sondern gestaltende, fördernde und stärkende Perspektiven entwickeln ist eine angemessene Strategie, um sich verantwortungsvoll „Heute für ein besseres Morgen“ zu kümmern.

Präventive Konzepte sind zumeist strategisch auf die Veränderung mehrerer Einflussfaktoren gerichtet. Eine strukturelle Verbesserung von Lebensverhältnissen und soziale Unterstützungen haben mittelbare, zum Teil auch unmittelbare präventive Effekte. Daher sollte die Achtsamkeit nicht zu sehr auf die Gefahr einer „Entgrenzung“ des Präventionsbegriffes gelenkt werden, sondern vielmehr auf die Verbesserung des Austausches und der Kooperation zwischen den Akteuren der unterschiedlichen Handlungsfelder der präventiven Arbeit sowie auf die Verstärkung präventiver Programme etwa in den institutionellen Regelalltag von Schulen.

Systemisches Denken ist gefragt, um die Tendenzen zu überwinden, dass die Akteure in unterschiedlichen Arbeitsfeldern (etwa Polizei, Schule, Jugend(sozial)arbeit, Justiz, Vereine) in jeweiliger Handlungslogik verharren. Es gilt, präventive Arbeit für junge Menschen nicht in erster Linie auf Abwehr und Kontrolle sondern auf Stärkung und Förderung zu konzentrieren: Prävention als Prinzip, Chance und Herausforderung in unterschiedlichen Handlungsfeldern, deren Arbeit es miteinander auf dem Weg zu einem besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt (als präventive Maxime) zu verknüpfen gilt: Präventives Handeln als eine systemische Herangehensweise zur Gestaltung zukunftsgerichteter Kontextbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verstehen und als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu verorten.

denz zu überwinden, dass die Akteure in unterschiedlichen Arbeitsfeldern (etwa Polizei, Schule, Jugend(sozial)arbeit, Justiz, Vereine) in jeweiliger Handlungslogik verharren. Es gilt, präventive Arbeit für junge Menschen nicht in erster Linie auf Abwehr und Kontrolle sondern auf Stärkung und Förderung zu konzentrieren: Prävention als Prinzip, Chance und Herausforderung in unterschiedlichen Handlungsfeldern, deren Arbeit es miteinander auf dem Weg zu einem besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt (als präventive Maxime) zu verknüpfen gilt: Präventives Handeln als eine systemische Herangehensweise zur Gestaltung zukunftsgerichteter Kontextbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens verstehen und als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu verorten.

Kinder und Jugendliche im Fokus von Politik und Prävention

Programmatisch geben die Koalitionsvereinbarungen zur Regierungsbildung Auskunft über Richtung, Schwerpunktsetzungen sowie Rahmenbedingungen für das politische Handeln in der kommenden Regierungszeit.

Prävention als vorausschauender und zuvorkommender Handlungsansatz lässt sich dort für verschiedene Politikfelder explizit und auch zwischen den Zeilen herauslesen:

2009 haben CDU und FDP hinsichtlich „Schutz und Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen“ bereits Akzente gesetzt, die später sinngemäß fortgeschrieben wurden: „Durch ein umfassendes Unterstützungsprogramm, das stets evaluiert wird, wollen wir Kinder und Jugendliche und alle Akteure vor Ort in ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Menschenwürde und Gewaltfreiheit gegen Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus motivieren und unterstützen (zentrales Ziel) [...] Neue Möglichkeiten im Schnittfeld Jugend, Kultur und Schule sollen genutzt und ausgebaut werden.“

Über zehn Jahre später heißt es 2021 in der Vereinbarung der Ampelparteien (SPD, DIE GRÜNEN und FDP):



„Kinder und Jugendliche bedürfen besonderer Unterstützung für einen gelingenden Bildungs- und Ausbildungsverlauf. [...] Wir wollen gemeinsam darauf hinwirken, dass jedes Kind die gleiche Chance auf Entwicklung und Verwirklichung hat.“

Und 2025 haben CDU und SPD wiederum generelle Absichten formuliert:

„Wir stellen Familien in den Mittelpunkt, sorgen für gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen [...] Die interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir weiter verbessern [...]“

In und zwischen den Zeilen zeigt sich ein fortgeschriebener Handlungsbedarf für die Zielgruppen Kinder und Jugendliche, der interdisziplinär und kooperativ aufgegriffen werden soll.

Über längere Zeit entwickelt sich in Deutschland eine ansehnliche Präventionskultur besonders für junge Menschen. Präventive Strategien finden eine nachhaltige Basis in der pädagogischen Arbeit. Die Förderungen des Bundes zur Stärkung der Erziehungskontexte (z.B. Frühe Hilfen, Kindergrundsicherung, Kita-Förderung) haben eine erhebliche Bedeutung für die strukturelle Begrenzung der Kriminalitätsentwicklung (Verhältnisprävention). Ähnliches gilt für Konzepte zur Verbesserung der Integration von Zugewanderten oder zur sozialen Stadtentwicklung.

Die Vielfalt präventiver Ansätze zeigt sich in kulturellen Angeboten wie gewaltpräventiver Theaterpädagogik, schulischen Maßnahmen etwa zur Mobbingprävention, Sportangeboten zum Fairplay, Antiaggressionstrainings im Strafvollzug, Stärkung von Lebenskompetenzen bei Kindern und Jugendlichen in Familie, Kita und Schule sowie durch soziale Arbeit zur Unterstützung von Menschen in prekären Lebenslagen.

Die konkrete Präventionsarbeit leisten verschiedene staatliche und kommunale Einrichtungen wie Ordnungs-, Jugend- und Sozialämter, sowie auch Schulen, freie Träger öffentlicher Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe sowie eine Vielzahl von Sportvereinen, Freizeiteinrichtungen, Religionsgemeinschaften und gemeinnützigen oder kommerziellen Hilfsorganisationen und Trägern von Präventionsprogrammen, häufig in

kooperativer Struktur auf kommunaler Ebene.

Diese Entwicklungen sind Ergebnis einer Vielzahl politischer und zivilgesellschaftlicher Impulse, die sich zumindest programmatisch in den Koalitionsvereinbarungen spiegeln. *forum kriminalprävention* berichtet fortlaufend über die Rahmenbedingungen und vor allem zur Praxis in Projekten, mit Programmen und bei den vielfältigen Akteuren. Eine Lücke zwischen den Ansprüchen und der praktischen Wirklichkeit wird ebenfalls beschrieben, die es zu verkleinern gilt.

Individualität, Identität, Autonomie und Sensibilitäten



Diagnostiker der gesellschaftlichen Entwicklungen bringen stets Unterschiedliches zutage. Der Sozialpsychologe Harald Welzer betont, dass „selbst denken“ und „eigenständig handeln“ humanistische Erziehungsziele sind, die auch unserem modernen Weltbild entsprechen. Es geht um die Urteilsfähigkeit, auch in scheinbar alternativen Handlungsmöglichkeiten

zu erkennen, solidarische Freunde und Netzwerke zu finden, in diesen zu kooperieren, sowie Mut zu haben, den ersten Schritt zu wagen. Daher sind moralische und politische Unterscheidungs- und Handlungsfähigkeit – neben sozialen und emotionalen Kompetenzen – wichtige Erziehungsziele und Bestandteile entwicklungsbezogener Präventionsarbeit.

Die Kehrseite: Tatsächlich wird in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels im Sinne eines gesellschaftlichen Individualisierungsprozesses die Verantwortung des Einzelnen für den eigenen Lebensweg und das eigene Lebensglück immer größer. Heimat, ethnische Herkunft, Tradition, Geschlecht, Religion, soziale Klasse oder Nationalität sind kaum noch Identität bildend. Was man aus dem Leben macht, hängt zunehmend von jedem allein ab, so die These im Diskurs um Fragen gesellschaftlicher Solidarität. Damit verbunden ist auch die empfundene persönliche „Schuld“ beim Misslingen einzelner Projekte oder manchmal beim Scheitern des ganzen eigenen Lebensentwurfes. Je selbstbestimmter

wir unser eigenes Leben führen (müssen), desto abhängiger werden wir von vielfältigen äußeren Anforderungen bzw. Erwartungen und desto verletzlicher sind wir.

Gleichzeitig nehmen individualisierte Sensibilitäten zu, die vielfältige Partikularinteressen hervorbringen. Der Prozess einer Sensibilisierung der Gesellschaft als unbestreitbar wesentlicher zivilisatorischer Fortschritt korrespondiert mit einer zunehmenden Überempfindlichkeit und Verabsolutierung eigener Standpunkte: Die Diskussion um das, was zumutbar ist, was gesagt werden darf und wogegen vorgegangen werden soll, zeigt doch, in welcher Ambivalenz berechnete und überreizte Ansprüche ausbalanciert werden müssen und zuweilen dabei vom Wesentlichen ablenken. Die Vehemenz nimmt bei vielen zu, besonders in den sozialen Medien. Das Spektrum von Hassbotschaften und –taten beginnt beim Nachbarschaftsstreit und endet im politischen Extremismus.

Im Bewusstsein, dass ein „moralisch einwandfreies Leben“ unmöglich bleibt, können wir in vielen Lebensfragen entscheiden, wie weit wir „mitspielen“ und an welchem Punkt wir „nein“ sagen, in eigener Sache oder in öffentlichen Angelegenheiten solidarisch mit anderen.

Die Freiheit, gegen Widerstand für wichtige Werte, Prinzipien und Überzeugungen einzutreten, und dabei auch Gefahren in Kauf zu nehmen, kann man als Autonomie, als die Fähigkeit zu selbstbestimmtem Handeln bezeichnen. Sie widerspricht nicht der Notwendigkeit, sich auch an Verhältnisse anpassen können zu müssen, aber sie schützt vor der Gefahr, sich in den Strudel problematischer Gruppendynamik und gesellschaftlicher Verhaltensrituale ziehen zu lassen.

Polarisierung in einer Gesellschaft unter Optimierungsdruck

Der Soziologe *Heinz Bude* diagnostiziert eine „Gesellschaft der Angst“ und liefert ein neues Deutungsmuster zur Charakterisierung postindustrieller Gesellschaften.

Zahllose Ängste gehören seit jeher zu den menschlichen Erfahrungen. Der öffentliche Diskurs über eine solche Erfahrungskategorie lässt einige Einschätzungen über den Zustand des gesellschaftlichen Zusammenlebens bzw. des sozialen Miteinanders der Akteure und Gruppen ableiten:

„Wie sieht es mit dem Integrationsversprechen moderner Gesellschaften aus?“ Bude bringt es wie folgt auf den Punkt: Wir erleben heute einen „Wechsel im gesellschaftlichen Integrationsmodus vom Aufstiegsversprechen zur Exklusionsdrohung“. Heutige Lebenswege sind durch zahlreiche aufeinanderfolgende und sich bis ins Alter fortsetzende Durchgangs- bzw. Entscheidungsstellen gekennzeichnet, wo Auslesewettbewerbe stattfinden, bei denen manche weiterkommen und viele auf der Strecke bleiben. Lebensläufe haben kaum noch lange Linien, vielmehr nur noch kurze Strecken: „Traditionelle Milieus, die Halt geben können, sind heute verloren gegangen. Betroffene verschwinden häufig im sozialen Nichts. Präventionsarbeit wird vor diesem Hintergrund neu einzuordnen sein.“

Indikatoren für die Diagnose einer sich *spaltenden Gesellschaft* sind vielfältig: Verschwörungserzählungen greifen um sich, rechtsextreme Identitätspolitik bekommt größeren Zuspruch. Demokratische Mehrheitsentscheidungen werden mancherorts delegitimiert, kollektive Forderungen radikaler gestellt und individuelle Ansprüche überhöht.

Einzelne Gruppen werden lautstarker, um mehr Aufmerksamkeit, Sichtbarkeit, Anerkennung und Einfluss zu bekommen. Problematisch ist die Heftigkeit mancher Attacken (häufig aus der Anonymität der digitalen Welt) auf das politische „System“ und die gewählten Repräsentanten. Spaltungen von und Gräben zwischen unterschiedlichen Interessen und Identitätsansätzen behindern die immer wieder notwendige Verständigung darüber, was die Menschen miteinander verbindet und was verbindlich bleiben muss etwa in ihren Vorstellungen von Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Dabei spielen auch national bzw. regional überlieferte, geschichtlich geprägte Erinnerungen sowie tradierte Einstellungen, Lebensstile und –praktiken im Sinne einer kulturellen Identität eine Rolle.

Vor allem eine von *rechts ideologisierte Identitätspolitik* versucht gesellschaftliche Gemeinsamkeit über ethnische und kulturelle Homogeni-

tät wieder diskursfähig zu machen. Ab- und Ausgrenzung, Intoleranz, Hass und Gewalt gegenüber „Anderen“ und „Fremden“ sind programmatisch und tatsächliche Folge.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und kollektive Identität

Wie kann nun eine Auseinandersetzung um Bedürfnisse nach sozialer und kultureller Beheimatung einerseits mit entschiedener Haltung gegenüber den Feinden der offenen Gesellschaft und andererseits im Sinne konstruktiver Weiterentwicklung der kulturellen Zugehörigkeitsaspekte aussehen?

Vergewisserung des „Eigenen“ und Erlernen von „Fremdem“, Respekt vor Vielfalt und Anderssein, Anerkennung von Regeln und Verbindlichkeiten sowie auch die Akzeptanz von demokratischen Mehrheitsentscheidungen sind notwendige Bedingungen für einen gesellschaftlichen Diskurs. Es geht darum, Vielfältigkeit nicht nur nebeneinander aus-

zuhalten, sondern in friedlicher Weise zu gestalten. Dazu gehört das eigene Engagement für die Anerkennung und Verwirklichung von individuellen Bedürfnissen und Gruppeninteressen sowie in noch größerem Umfang die Bereitschaft und Fähigkeit, das „Eigene“ in Bezug auf das „Gemeinsame“ zu denken und zu praktizieren, also das „Selbst“ zu relativieren.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt bedeutet integrierende Vielfalt: Pluralität von Meinungen und Anschauungen dürfen nicht als Gefahr, sondern als Ausgangspunkt für die Suche nach Gemeinsamkeiten betrachtet werden. Ähnliches gilt für die Annäherung kultureller Verschiedenheiten.

Bindekräfte sind Toleranz, Respekt, Vertrauen, Solidarität und Empathie. Fremdheit und Vorbehalte können abgebaut, soziale Kompetenzen aufgebaut werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht im Erlebnis von zivilem Umgang, Fairness und Gemeinsinn. Eine humane Gesellschaft benötigt gute Substrukturen, kleine Kieze und Nachbarschaften, Netzwerke, in denen man sich zurechtfindet und zu Hause fühlt. Zusammengehörigkeit entsteht in der Begegnung und ihrem Einüben. Sinn, Werte und Moral werden nicht durch Predigten, Ethikunterricht

bzw. intellektuelle Information angeeignet, sondern in den Lebenswelten mit ihren Vorbildern und Verhaltensmodellen.

Die offene Gesellschaft verfolgt nicht die Ziele bestmöglicher Harmonie und allgemeiner Zufriedenheit ihrer Mitglieder, sondern ihre demokratische Praxis besteht im permanenten Aushandeln von Konflikten und im Widerstreiten von Interessen. Sie lebt von Beteiligung, Kompromiss und im Aushalten von Mehrheitsentscheidungen, die mit friedlichen, demokratischen Mitteln weiterverhandelt und revidiert werden können. Die Bürger:innen sind immer mitverantwortlich und müssen mitgestalten, um Verbesserungen zu erreichen. Kurzum, das Leitbild einer offenen Gesellschaft, die auf Veränderungsanforderungen anpassungsfähig reagieren kann und die Mitglieder in ihrem Engagement herausfordert, ist einem Kulturmodell vorzuziehen, das Sitten, Gewohnheiten, Gebräuche, Üblichkeiten und Traditionen in den Vordergrund stellt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird das Ergebnis kultureller Begegnung und Annäherung werden, wenn Dialog ermöglicht bzw. vielfältig gefördert wird.

Gemeinsinn, der – auf der Grundlage der Verfassungswerte – im täglichen kompromissbereiten Miteinander entsteht und alle einbezieht bzw. niemanden abhängt, führt zu einer toleranten, Identität stiftenden Kultur, die eine humane Zukunft eröffnet. Dafür müssen Bürger:innen offensiv werben und eintreten. Der Philosoph Jürgen Habermas formulierte: „Wer sich solidarisch verhält, nimmt im Vertrauen darauf, dass sich der andere in ähnlichen Situationen ebenso verhalten wird, im langfristigen Eigeninteresse [auch gegenwärtige eigene] Nachteile in Kauf.“

Servicementalitäten, die nur den Staat in der Pflicht sehen, reichen nicht aus. Vielleicht beginnen wir jetzt schon, uns ganz persönlich mit der grundsätzlichen Frage zu beschäftigen: Führen wir das Leben, das wir eigentlich leben wollten?

Zur Bedeutung von kommunaler Präventionsarbeit

Städte und Gemeinden sind der unmittelbare Erfahrungsräume der Menschen. Hier ist bürgerschaftliches Engagement und demokratische Mitwirkung direkt spürbar und erlebbar. In der Kommune treffen in einem ver-



gleichsweise überschaubaren Rahmen vielfältige Lebenslagen, Überzeugungen und Interessen in teilweise großer Unterschiedlichkeit aufeinander, die – wenn es um öffentliche Angelegenheiten geht – in einem geordneten Verfahren in politisches Handeln einmünden. Dieser häufig kurvenreiche Suchprozess nach verbindlichen Antworten aus der Vielfalt der Interessen und Überzeugungen heraus ist in der offenen Gesellschaft in einen Diskurs eingebettet. Vollständiger Konsens ist dabei nicht das Ziel, vielmehr sollen Entscheidungsoptionen ausgelotet werden, die in einen mehrheitsfähigen Kompromiss einmünden.

Kommunale Kriminalprävention ist idealerweise in einen politischen Modus einbezogen, der den demokratisch legitimierten Rahmen für abgestimmtes bzw. integriertes präventives Handeln unterschiedlicher Akteure schafft. Sie ist vielerorts fest etabliert und konsolidiert. Kooperation bedeutet Kompromissfindung, ohne die vielfältigen Interessengegensätze der Akteure ignorieren, unterdrücken oder vollständig überwinden zu müssen.

Um Handlungslogik, -möglichkeiten und -grenzen der Partner/-innen kennenzulernen und berücksichtigen zu können, empfiehlt es sich, die Klärungen zum Kooperationsmanagement gemeinsam und gründlich vorzunehmen. Vertrauensbildung wird damit erleichtert. Verkrustete Routinen, Gewohnheiten, Deutungsmuster und Mentalitäten können so schneller erkannt und aufgebrochen werden. Aber es muss auch genügend Deutungsoffenheit und Interpretationsspielraum vorhanden sein, damit sich jede/r im heterogenen Bündnis der kommunalen Kriminalprävention wiederfinden kann.

Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit hängen stark davon ab, ob die relevanten Akteure von den zu lösenden Problemen betroffen sind und die Erfolge eines koordinierten Engagements auch unmittelbar wahrgenommen werden können.

Prävention zwischen Evidenzorientierung und Interessenkonflikten

„Prävention braucht Wissenschaft“ ist eine naheliegende Erkenntnis, will sie doch zum Ausdruck bringen, dass präventives Handeln einer rationalen Begründung und Planung folgen soll: Sachgemäße Entscheidungen auf der

Grundlage von Forschungsergebnissen, sei es zur Einschätzung der Problemursachen oder bei der Auswahl angemessener Lösungsansätze.

Dennoch wird mancherorts eine gewisse Skepsis im Hinblick auf die Verwertungsmöglichkeiten von Forschungsergebnissen vorgetragen, die ernst genommen und konstruktiv diskutiert werden sollte.

Wissenschaftliche Erkenntnis kann im Unterschied zu allem zufällig erlangten Wissen auch als methodisch gesichertes bzw. begründetes Wissen bezeichnet werden und ist kein bloßes Meinen oder Querdenken.

Es gibt keine Universalismethode, mit der jede Fragestellung untersucht werden könnte. So geht es in der Wissenschaft um das Bemühen, mit den Mitteln des Verstandes zu sachlich begründeter Einsicht zu gelangen. Unter Berücksichtigung des aktuellen Forschungsstandes kommt es auf die Beherrschung der Methoden an, die sich dem jeweiligen Gegenstand als angemessen erwiesen haben. Stets ist die Kontrollierbarkeit bzw. Nachvollziehbarkeit der Vorgehensweise ein Qualitätsmaßstab. „*Kluge Wissenschaft wird jedenfalls Fragen nach ihrer Praxistauglichkeit, nach ihrer Verwertbarkeit und ihrer gesellschaftlichen Relevanz offensiver formulieren müssen*“, ergänzt der Soziologe Armin Nassehi.

Die Auseinandersetzung um die Rolle des Expertenwissens in der Demokratie ist von grundsätzlicher Natur.

Wenn am Ende politisch entschieden wird, dann gemäß weiterer für den Politikbetrieb maßgeblicher Erfolgsbedingungen, wie dem Austarieren von Macht und Mehrheitschancen in komplexen und widersprüchlichen Interessenkonstellationen. Um dennoch die relevanten Erkenntnisse aus der Wissenschaft angemessen in die demokratische Willensbildung einbeziehen zu können, bedarf es institutionalisierter Orte bzw. Gremien, wo von anerkannten Experten Handlungsempfehlungen formuliert und im Sinne transparenter Politikberatung weitergegeben werden. Damit kann auch dem Misstrauen vorgebeugt werden, Experten würden heimlich und unkontrolliert handeln.

Von den entscheidungsverantwortlichen Politikern ist wiederum zu ver-

langen, dass sie ihre Entscheidungen begründen, insbesondere welchen Sachverstand sie einbeziehen, welche Argumente sie berücksichtigen, warum sie zuweilen entgegen wissenschaftlicher Expertise und Ratschläge entscheiden, wie sie die Vielzahl der Optionen mit ihren Begründungen gegeneinander abwägen und zur Entscheidung kommen (Transparenz).

Prävention mit Professionalität

Folgt man dem fachlichen Diskurs, orientiert sich die Qualität präventiver Arbeit in erster Linie am Grad ihrer Wirksamkeit sowie an der Professionalität ihrer Durchführung und der Kompetenz der Präventionsakteure. Dem ist nicht zu widersprechen, allerdings kommen weitere Wesensmerkmale hinzu.

Prävention ist kein materielles Handwerk, sondern eine soziale Dienst-

leistung, die im Zusammenwirken der beteiligten und nahestehenden Menschen erbracht wird. Nicht nur die Zielgruppen und Durchführenden sind involviert, sondern ein vielfältiges Umfeld, das etwa über Präventionsangebote entscheidet, Ressourcen bereitstellt, ideelle Unterstützung leistet, kritische Fragen stellt, konkurrierende oder alternative Maßnahmen vorschlägt, sachfremde Interessen einbringt, Macht entfalten möchte oder ideologische Vorbehalte stellt. Welche Attribute mit dem Präventionsprinzip verknüpft sind und wie sie sich charakterisieren sowie verknüpfen lassen, bedarf kurzer Betrachtung, die auch für die praktische Arbeit von Nutzen sein.

Rationalität und Eindeutigkeit eines Konzeptes sind mit der Vielfalt der Lebenswirklichkeit in Einklang zu bringen, aber wie? *Durch Kompromiss!* lautet die naheliegende Antwort.

Erfolgreiche Prävention blendet den Kompromissgedanken nicht aus. Er ist der Gewaltprävention programmatisch innewohnend und zeigt sich durch das Offenlegen von Gefühlswelten und dem Erlernen von Sozialkompetenzen. Glaubwürdigkeit bekommen diesen Bemühungen allerdings nur dann, wenn auch die Präventionsverantwortlichen diesem empathischen Anspruch folgen:



- Prävention mit Übersicht, die auch die Erfahrungen und Einsichten älterer Generationen einbezieht,
- Vorsicht, um nicht am Ziel vorbei oder darüber hinaus zu kommen und Verletzungen zu vermeiden,
- Rücksicht, um Kompromisse zwischen dem Beteiligten zu ermöglichen und anderen Ideen eine Chance zu geben,
- Zuversicht, um die Herausforderungen in der Sache und im Umgang anzupacken.



mitgenommen fühlen, sodann nicht mitmachen und protestierend den gesellschaftlichen Konsens aufkündigen.

Nassehi erklärt es so: „Gesellschaftliche Praxis ist vor allem von Selbstbestätigung, von Wiederholungen, von der Selbststabilisierung des Bewährten geprägt.“ Gesellschaftliche Transformation könne deshalb nicht als großer Wurf funktionieren, sondern nur in kleinen Schritten, die in konkrete Situationen passen.

Hilfreich sei ein *Capability-Ansatz*, der danach fragt, welche Optionen in konkreten Situationen machbar sind.

„Mehr Zukunft wagen“ fordert in diesem Sinne der Sozialpsychologe Harald Welzer, was bedeutet, „positive Ideen von Zukünftigkeit“ zu entwickeln und Menschen zu kleinen spürbaren Veränderungsschritten anzustiften: „Was viel hilfreicher ist: zu sortieren, was sich vom bisherigen Verlauf des zivilisatorischen Projekts als brauchbar und weiterführend erwiesen hat, was man neu dazu kombinieren muss und was man dringend loswerden muss. Es kommt auf eine neue Kombinatorik an“, nicht allein auf große Utopien und Masterpläne oder den Startschuss zu einer „großen Transformation“: „Kleinstmögliche Zustandsveränderung kann jede und jeder, sofern Freiheit und Handlungsspielräume gegeben sind. Und das sind sie. [...] wir müssen nur anfangen.“

Es sei daher wichtig, es in der politischen Kommunikation immer wieder deutlich zu machen, welche Erfolge und welche Bewältigungskapazität die liberale Demokratie vorzuweisen hat, anstatt sie durch permanente Thematisierung von Dysfunktionalitäten abzuwerten. Nötig sei ein Kulturwandel in der politischen wie in der medialen Kommunikation.

Schlussgedanken

„Es ist noch lange nicht Schluss...“, so erklang beim Komponisten und Sänger Udo Jürgens ein letzter Akkord, dem die Zuversicht innewohnt, dass die indivi-

duelle Endlichkeit des Lebens nicht das Dasein im Hier und Jetzt überschatten sollte.

Das Ende der Menschheit ist eine ergebnisoffene Dystopie, der die Utopie eines permanenten dialektischen (Zivilisierungs-)Fortschritts mit der Möglichkeit, dass alles (wieder) gut wird, entgegensteht.

Das Universum ist hingegen unendlich und der Glaube an Gott gibt uns eine gewisse Zuversicht auf das, was man hofft und ein Nichtzweifeln an dem, was man nicht sieht (angelehnt an Hebräer 11.1).

Die hier wiederholten Gedanken bzw. Denkanstöße der letzten rund 16 Jahre sind ausgewählt, um klar zu machen, welche Bedeutung die gesellschaftliche Rahmung in einem demokratischen Rechtsstaat für die präventive Arbeit hat und welche Spielräume verbleiben bzw. bewahrt werden müssen.

Ich bin dankbar dafür, dass ich Impulse zur Nachdenklichkeit anbieten durfte, und möchte zukünftig meine Freude daran haben, um in Freiheit neue Themen zu erschließen und daran mitzuwirken, dass das demokratische Gemeinwesen in Deutschland fortbestehen kann.

Die Dankbarkeit richtet sich an alle gleichgesinnten und auch kritischen Begleiter:innen auf allen Ebenen sowie in den unterschiedlichen Handlungsfeldern der Prävention. Mit großem Respekt blicke ich auf die gemeinsame wichtige Arbeit in einem großartigen Kooperationsnetzwerk.

Wann ist die richtige Zeit? Um sie für sich selbst anzuhalten? Die Zeit vergeht nicht schneller als früher, wir sind nur eiliger geworden. Sie lässt sich nicht anhalten, sie bleibt nicht stehen. Zeitenwende heißt es nun, aber wohin wenden sich die Zeiten?

Ich bin dann mal weg, danke schön für die gemeinsame Zeit mit Ihnen / Euch. Ich wünsche allen weiterhin eine gute Zeit bei bestmöglicher Gesundheit.

Herzlicher Gruß
Wolfgang Kahl



Hinweis zur nächsten Ausgabe:

Die „forum kriminalprävention“ (3/2026) erscheint im Dezember. Das Schwerpunktthema lautet „Cyberkriminalität“.